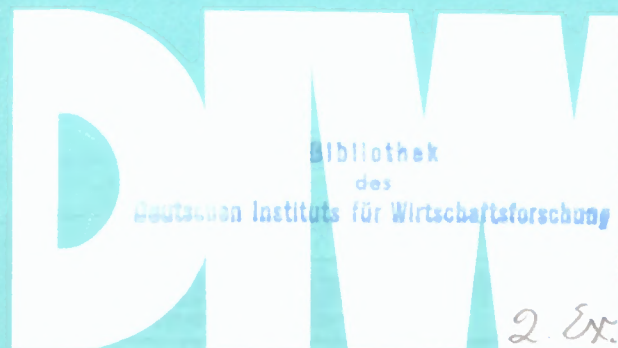




Anhaltend hohe Geburtenzahlen in der DDR 315
Entspannung am Arbeitsmarkt setzt sich fort
Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen in der
Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1979 . 322

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/79

Berlin

26. Juli 1979

46. Jahrgang

Anhaltend hohe Geburtenzahlen in der DDR

In der ersten Hälfte der 70er Jahre waren die Bundesrepublik Deutschland und die DDR die beiden Staaten mit den niedrigsten Geburtenraten in der Welt. So wurden 1973 in Westdeutschland je 1 000 der Bevölkerung 10,3 und in der DDR 10,6 Lebendgeborene gezählt. In der Bundesrepublik ist die Geburtenrate inzwischen noch weiter gesunken (1978: 9,4); die DDR dagegen belegt im europäischen Vergleich jetzt einen Mittelplatz (1978: 13,9). Allerdings reicht auch dort trotz der Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren die Zahl der Geborenen zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes nicht aus. Das DIW hat 1978 in einer Untersuchung die geburtenfördernden Maßnahmen der DDR zusammengestellt, deren gesamtwirtschaftliche Kosten berechnet und ihre Wirkung auf die Zahl der Geborenen analysiert¹. Damals fehlten aber noch wesentliche Statistiken über das für die neuere Geburtenentwicklung bedeutsamste Jahr 1977. Nunmehr kann eine aktualisierte, teilweise auch erweiterte Untersuchung vorgelegt werden.

Die Zahl der Lebendgeborenen weist in der DDR eine unregelmäßige Entwicklung auf. Höhepunkte waren 1951 (311 000) und 1963 (301 000), danach ist sie bis 1974 (179 000) rückläufig gewesen.

1972 und 1973 hatte sich ein scharfer Einbruch ergeben, der im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den legalen Schwangerschaftsabbruch (9. 3. 1972) steht. Zunächst schien es so, als würden sich die Geburtenziffern bei 180 000 einpendeln; seit 1977 sind sie jedoch erheblich größer. Die Geburtenzahl von 1971, also vor Freigabe

Jahr	Lebendgeborene in 1 000 Personen	Jahr	Lebendgeborene in 1 000 Personen
1960	293,0	1970	236,9
1961	300,8	1971	234,9
1962	298,0	1972	200,4
1963	301,5	1973	180,3
1964	291,9	1974	179,1
1965	281,1	1975	181,8
1966	268,0	1976	195,5
1967	252,8	1977	223,2
1968	245,1	1978	232,1
1969	238,9		

¹ Vgl. Heinz Vortmann: Geburtenzunahme in der DDR — Folge des „Babyjahrs“. Geburtenentwicklung und Familienförderung in der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 3/1978. — Auf eine umfassende Darstellung der geburtenfördernden Maßnahmen und deren Kosten wird hier verzichtet; mit Ausnahme der Urlaubsregelung sind keine nennenswerten Änderungen mehr eingetreten. Im Rahmen einer generellen Urlaubsneuregelung und -erhöhung erhalten seit dem 1. 1. 1979 vollbeschäftigte Mütter mit zwei Kindern unter 16 Jahren, wenn sie im Mehrschichtsystem arbeiten, 24 Werktage Urlaub (vorher 20 Werktage). Vollbeschäftigte Mütter mit drei und mehr Kindern haben jetzt einen Anspruch auf 25 Werktage (20) und, falls sie im Mehrschichtsystem tätig sind, sogar 27 Werktage (23). Der allgemeine Grundurlaub beträgt jetzt 21 Werktage (18).

Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen in der DDR

Berichts- jahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	... bei den Ursprungswerten		... aufgrund der veränderten Altersstruktur (Strukturkomponente)		... aufgrund der veränderten Fruchtbarkeitsziffern (generative Komponente)	
	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH
1971	- 2,0	- 0,8	+ 4,1	+ 1,7	- 6,1	- 2,5
1972	- 34,5	- 14,7	+ 3,8	+ 1,6	- 38,3	- 16,3
1973	- 20,1	- 10,0	+ 4,1	+ 2,0	- 24,2	- 12,0
1974	- 1,2	- 0,7	+ 3,3	+ 1,8	- 4,5	- 2,5
1975	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,6	- 0,1	- 0,1
1976	+ 13,7	+ 7,5	+ 2,4	+ 1,3	+ 11,3	+ 6,2
1977	+ 27,7	+ 14,2	+ 2,4	+ 1,2	+ 25,3	+ 12,9
1978	+ 8,9	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,3	+ 5,9	+ 2,7

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1978; Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1978; Statistische Praxis 2/1979 sowie Berechnungen des DIW.

des Schwangerschaftsabbruchs, ist allerdings noch nicht wieder erreicht.

Komponenten der Geburtenentwicklung

In der Regel ändert sich die Zahl der Geborenen, wenn die weibliche Bevölkerung im gebärfähigen Alter zu- oder abnimmt; auch bei gleichbleibender Gesamtzahl tritt dieser Effekt bei Verschiebungen in der Besetzung der einzelnen Altersjahrgänge ein: Die Frauengeneration im Alter von 20 Jahren bringt mehr Kinder zur Welt als die mit 30 oder gar 40 Jahren². Dieser Struktureffekt wird als demographische Komponente bezeichnet; alle übrigen Veränderungen werden unter dem Begriff generative Komponente subsumiert.

Die Ergebnisse dieser Analyse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Aufgrund des Struktureffekts hätten in allen Jahren des Untersuchungszeitraums die Geborenenzahlen mit Raten zwischen 1,2 und 2,0 vH steigen müssen.
- Bis 1974 war die tatsächliche Entwicklung jedoch rückläufig; die generative Komponente negativ, besonders in den Jahren 1972 und 1973 im Zusammenhang mit der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (– 16,3 bzw. – 12,0 vH).
- Seit 1975 erhöht sich die Anzahl der Lebendgeborenen wieder, zunächst nur geringfügig (1975), dann mit beträchtlichen Raten (1976: 7,5 vH; 1977: 14,2 vH) und zuletzt wieder schwächer (1978: 4,0 vH).
- Im Jahr 1975 war die effektive Geburtenzunahme ausschließlich auf den Struktureffekt zurückzuführen; in den Jahren 1976, 1977 und 1978 haben beide Komponenten zum Wachstum beigetragen, die generative Komponente überwog aber bei weitem (Anteil an der Geburtenzunahme in vH):

	Struktur- komponente	generative Komponente
1976	17,5	82,5
1977	8,7	91,3
1978	33,7	66,3

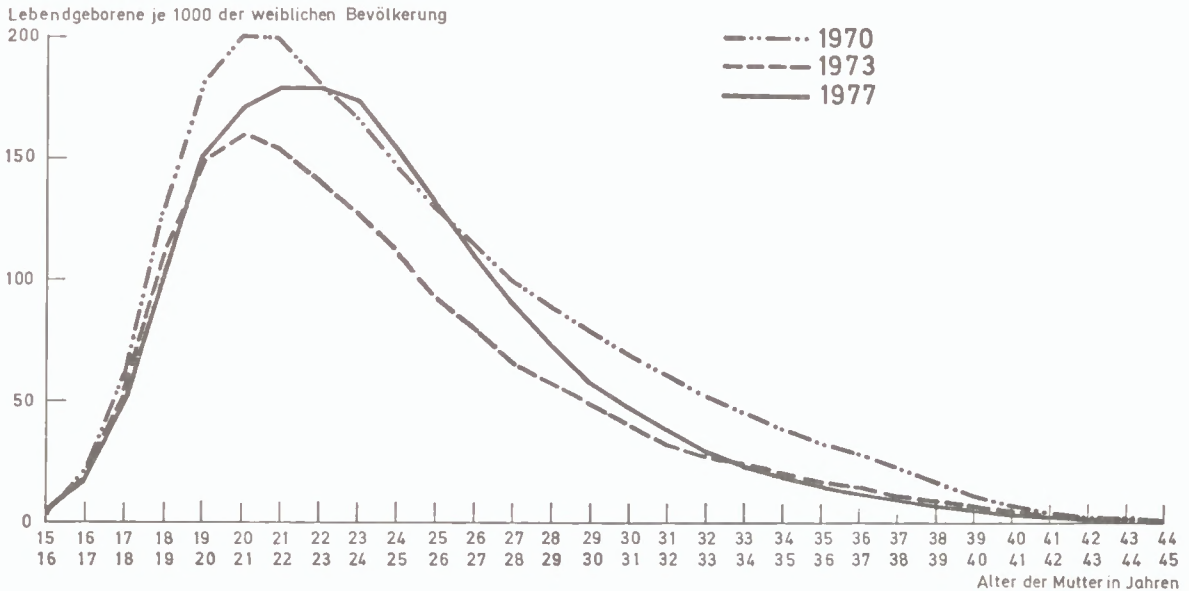
– Das Jahresergebnis von 1977 wurde wesentlich durch neue bzw. verbesserte Regelungen des Mutterschutzes beeinflusst. Neun Monate nach deren Ankündigung stiegen die Geburtenzahlen im März sprunghaft und stabilisierten sich danach auf hohem Niveau³.

Hält diese Neigung, Kinder zu bekommen, unverändert an, so ist bis in die 80er Jahre hinein – aufgrund der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter und deren altersmäßiger Zusammensetzung – mit einer geringfügigen Geburtenzunahme zu rechnen. Wie in der jüngeren Vergangenheit wird dann die Strukturkomponente zu Steigerungsraten von knapp 1,5 vH führen.

² Die Auswirkungen, die sich aus diesen Altersstrukturveränderungen auf die Geburtenzahl ergeben, lassen sich durch die Berechnung sogenannter Erwartungszahlen bestimmen. Dazu werden die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (Lebendgeborene je 1 000 der weiblichen Bevölkerung einer Altersklasse) des Vorjahres ($t-1$) mit der Anzahl der Frauen im folgenden Jahr (t) gewichtet. Im Ergebnis errechnet sich daraus die Zahl der Kinder, die geboren worden wäre, wenn sich gegenüber dem Zeitraum $t-1$ nur die altersmäßige Zusammensetzung der weiblichen Bevölkerung geändert hätte, nicht jedoch die Neigung, Kinder zu bekommen. Verglichen mit der tatsächlichen Entwicklung läßt sich daraus der Einfluß beider Komponenten aufschlüsseln.

³ Vergleicht man für die Jahre 1977 und 1978 jeweils den Zeitraum März bis Dezember, ergibt sich lediglich eine Zuwachsrate von 2,4 vH. Bei einem Anteil des Altersstruktureffekts von 1,3 vH entfällt auf generative Verhaltensänderungen nur noch gut 1 vH.

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern in der DDR



DIW 79

Änderungen im generativen Verhalten

Zur Charakterisierung der generativen Verhaltensänderungen eignen sich u. a. altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern (Geborene von Müttern eines bestimmten Alters, bezogen auf 1 000 Frauen dieses Alters). Ein Vergleich zeigt, daß

- die Werte von 1970/71 wesentlich höher waren als in den nachfolgenden Jahren. Erst 1977 wurde von den 22- bis 26jährigen das damalige Niveau überschritten;
- die Abnahme der Werte nach der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs war absolut am größten bei Frauen um 20, relativ bei denen im Alter von 25 und mehr Jahren;
- sich der Modalwert (Altersklasse der Frauen, in der durchschnittlich die meisten Kinder geboren werden) zweimal verschoben hat (bis 1974: 20jährige, 1975 und 1976: 21jährige, 1977: 22jährige).
- sich die Form der nach wie vor linkssteilen Häufigkeitsverteilung bis 1975 nicht wesentlich geändert hat; die Geburtenzunahme 1976 und 1977 dann aber zu deutlichen Veränderungen führte. Die Kuppe (Altersklassen mit den höchsten Geburtenraten) ist nach der rechten Seite hin (höheres Alter der Frauen) breiter geworden. Erst im Alter von 30 Jahren an nähert sich der Verlauf den Werten der Vorjahre an.

Die Verschiebung des Modalwerts und der Häu-

figkeitsverteilung nach rechts (höheres Alter der Frauen) ist ein Indiz für zunehmende Kinderzahl in der Familie. Das soll im folgenden geprüft werden.

- Die Schwankungen bei der Zahl der Erstkinder bewegen sich bis 1975 in engen Grenzen, interessanterweise auch 1972/73, als sich die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs erstmalig hätte auswirken können. Im Zuge der generellen Geburtenzunahme ist 1976/77 auch bei Erstkindern eine Aufwärtsbewegung festzustellen; die Zuwachsraten – insbesondere für 1977 – liegen indes deutlich unter dem Durchschnittswert für alle Lebendgeborenen.
- Die Zahl der Zweitkinder hat Jahr für Jahr bis 1973 abgenommen, für die dritten und folgenden Kinder gilt das bis 1975. Wesentlich ausgeprägter als bei den Zweitkindern gingen die Geborenenzahlen vom dritten Kind an zurück. In den ersten Jahren nach Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs verstärkte sich dieser Trend.
- 1974 kehrte sich diese Entwicklung bei den zweiten, 1976 bei den dritten und vierten und 1977 auch bei den fünften, sechsten und siebenten Kindern um. Die prozentuale Zunahme war am größten bei den Zweitkindern.
- Das Ausmaß der Geburtenzunahme 1977 hebt sich von dem der Vorjahre ab, die Zahl der Erstkinder hat sich um gut 7 vH erhöht; die der zweiten und folgenden aber um 23,5 vH. Der Geburtenanstieg erstreckt sich also zum überwiegenden Teil auf

Lebendgeborene nach der Geburtenfolge in der DDR

Lebendgeborenen- folge ¹⁾	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
in 1000 Personen								
1. Kind	105,0	109,6	104,3	104,5	105,2	106,6	112,5	120,7
2. Kind	70,7)	69,9)	58,3)	52,2)	52,8)	55,9)	63,1)	79,6)
3. Kind	33,5)	30,9)	21,3)	13,1)	12,0)	11,4)	12,2)	14,7)
4. Kind	14,7)	13,0)	8,4)	4,8)	4,2)	3,9)	3,9)	4,4)
5. Kind	6,7)	5,8)	3,8)	2,3)	2,1)	1,7)	1,7)	1,7)
6. Kind	2,8)	2,4)	1,8)	1,4)	1,1)	0,9)	0,9)	0,9)
7. Kind	1,5)	1,4)	1,0)	0,8)	0,7)	0,6)	0,5)	0,5)
8. Kind	0,8)	0,8)	0,6)	0,5)	0,4)	0,3)	0,3)	0,3)
9. Kind	0,5)	0,4)	0,4)	0,3)	0,2)	0,2)	0,2)	0,2)
10. und folgen- des Kind	)	)	)	)	)	)	)	)
Insgesamt	236,9	234,9	200,4	180,3	179,1	181,8	195,5	223,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								
1. Kind	6,0	4,4	- 4,8	0,1	0,7	1,3	5,5	7,3
2. Kind	- 1,5)	- 1,0)	- 16,6)	- 10,5)	1,2)	5,8)	12,9)	26,1)
3. Kind	- 7,8)	- 7,7)	- 31,3)	- 38,6)	- 8,2)	- 5,0)	7,1)	20,1)
4. Kind	- 12,3)	- 11,6)	- 35,3)	- 43,3)	- 11,6)	- 7,7)	0,8)	12,9)
5. Kind	- 13,6)	- 14,1)	- 33,9)	- 38,1)	- 12,7)	- 17,1)	- 1,4)	4,5)
6. Kind	- 14,5)	- 5,7)	- 14,2)	- 25,2)	- 23,3)	- 22,0)	- 21,1)	- 19,4)
7. Kind	- 10,3)	- 10,9)	- 25,8)	- 18,3)	- 15,4)	- 19,5)	- 16,7)	0,6)
8. Kind	- 11,8)	- 10,6)	- 24,2)	- 15,9)	- 21,4)	- 11,2)	- 10,3)	- 6,9)
9. Kind	- 8,7)	- 12,8)	- 17,9)	- 19,8)	- 21,1)	- 21,4)	2,8)	- 12,2)
10. und folgen- des Kind	- 16,0)	- 10,3)	- 17,3)	- 13,7)	- 18,5)	- 21,5)	- 16,8)	3,9)
Insgesamt	- 0,8	- 0,9	- 14,7	- 10,0	- 0,7	1,5	7,5	14,2

1) Differenz zu Insgesamt = Fälle mit ungeklärter Lebendgeborenenfolge.

Quellen: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1978.-Statistische Jahrbücher der DDR versch. Jahrgänge.

die zweiten und weiteren Kinder⁴ und kann in unmittelbarem Zusammenhang mit den sozialpolitischen Maßnahmen von 1976 gesehen werden, die besonders auf die Förderung dieser Geburten abzielten.

Wirkungen gesetzlicher Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung

Vor 1972 bestand eine gesetzliche Regelung, die einen Schwangerschaftsabbruch nur gestattete, wenn das Leben oder die Gesundheit der werdenden Mutter ernsthaft bedroht war. In der Praxis wurden aber in zunehmendem Maße auch soziale und psychiatrische Gründe berücksichtigt. Seit 1972 hat jede Frau das Recht, innerhalb der ersten zwölf Wochen eine Schwangerschaft beenden zu lassen, wenn keine medizinische Kontraindikation besteht. Die Folge war, daß sich die Zahl der legalen Aborte innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelte. Allerdings darf unterstellt werden, daß die Dunkelziffer vor 1972 erheblich höher war, die Zahlen also nur bedingt vergleichbar sind.

1971 wurden von 100 Schwangerschaften (Geburten und gemeldete Schwangerschaftsabbrüche) 18 nicht ausgetragen; in den ersten zwölf Monaten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes waren es 43 und 36 im Jahresdurchschnitt 1972. Bis 1976 ist die Zahl wieder auf knapp 30 gesunken. Ob sich die

geburtenfördernden Maßnahmen auf die Zahl der Abtreibungen ausgewirkt hat, kann noch nicht beurteilt werden, da Informationen fehlen. Vermutlich sind die Zusammenhänge nicht so ausgeprägt wie im Zeitraum 1971 bis 1973, als die Zunahme der Abtreibungen recht eng mit der Abnahme der Geburten korrelierte.

Aufschlußreich für die Beurteilung der Geburtenentwicklung ist auch die Analyse der Monatsdaten. Sie wurden in einer Grafik aufgetragen. Neben den üblichen Saisonschwankungen zeigen sich im Kurvenverlauf deutliche Einschnitte im Zusammenhang mit den gesetzlichen Maßnahmen.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist grundsätzlich nur in den ersten zwölf Wochen gestattet. d. h. frühestens nach 6 Monaten konnte sich die Zunahme der Abtreibungen in einer Abnahme der Geburtenzahlen niederschlagen; bei den geburtenfördernden Maßnahmen ist dagegen von einem time-lag von neun Monaten auszugehen. Die Auswirkungen der Lega-

⁴ Ursprünglich war angenommen worden, daß die Zahl der Erstkinder nicht gestiegen ist (vgl. Heinz Vortmann, a.a.O., S. 227). Diese Einschätzung ist durch mißverständliche und falsche Einzelveröffentlichungen in DDR-Publikationen entstanden; die Zahl der Erstkinder wurde zunächst mit 114 000 angegeben (vgl. Hans Rühl, Heinz Weiße: Sozialpolitische Maßnahmen — konkret für jeden. Reihe: Recht in unserer Zeit, Heft 14. Berlin (Ost) 1978, S. 25), lag aber tatsächlich bei 121 000.

Entwicklung der Geburtenzahl und der Schwangerschaftsabbrüche

Jahr	Geborene (Lebend- u. Totgeburten)	Legale Aborte in 1000	Geborene und legale Aborte	Legale Aborte in vH der Summe aus Geborenen und legalen Aborten
1971	237,2	50,7	287,9	17,6
1972	202,3	114,0	316,3	36,0
1973	182,0	110,0	292,0	37,7
1974	180,6	99,7	280,3	35,6
1975	183,2	87,8	271,0	32,4
1976	196,9	81,9	278,8	29,4

Quellen: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1977.
– Tycho Brunn: Zur Entwicklung des legalen Schwangerschaftsabbruches in der DDR. In: Hans Harmsen (Hrsg.), Zur Entwicklung und Organisation des Gesundheitswesens in Sowjetrußland, in osteuropäischen Volksdemokratien und in der DDR. Band 78. Hamburg 1978.

lisierung des Schwangerschaftsabbruchs konnten sich also frühestens in den Septemberzahlen von 1972 zeigen. Der abrupte Rückgang der Geburten setzte jedoch schon früher ein. Vermutlich ist in Erwartung des neuen Gesetzes dieses schon in den Monaten davor angewendet worden, oder man hat die Ausnahmeregelung, die einen Abbruch für eine länger als 12 Wochen bestehende Schwangerschaft gestattet, später sehr großzügig ausgelegt.

Noch nicht einmal zwei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Unterbrechung der Schwangerschaft wurden flankierende, auf die Geburtenförderung gerichtete sozialpolitische Maßnahmen beschlossen. Die wichtigsten sind:

- Verlängerung des bezahlten Schwangerschafts- und Wochenurlaubs auf insgesamt 18 Wochen (vorher 14 Wochen);
- Erhöhung der Geburtenbeihilfe auf einheitlich 1 000 Mark je Kind (vorher gestaffelt nach der Geburtenfolge; erst vom 5. Kind an 1 000 Mark);
- Gewährung von zinslosen Krediten für die Wohnraumbeschaffung und für die Ausstattung der Wohnung, deren Rückzahlung bis zu einer Höhe von 5 000 Mark nach der Geburt von drei Kindern erlassen wird;
- Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung ohne Lohnminderung für vollbeschäftigte Mütter mit drei Kindern, und für solche mit zwei Kindern, wenn sie im Mehrschichtsystem arbeiten;
- Unterstützung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes von der 7. Woche an bei Krankheit der

Kinder oder wenn kein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden kann;

- Fahrpreismäßigung um 33 1/3 vH bei der Eisenbahn für Familien mit drei und mehr Kindern.

Unmittelbar nach dem IX. Parteitag der SED wurden 1976 weitere Regelungen zur Geburtenförderung getroffen, deren wichtigste sofort in Kraft traten:

- Der bezahlte Schwangerschafts- und Wochenurlaub wurde abermals auf insgesamt 26 Wochen verlängert.
- Berufstätige Mütter erhalten nach der Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes die Möglichkeit, im Anschluß an den Schwangerschafts- und Wochenurlaub bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes eine bezahlte Freistellung von der Arbeit in Anspruch zu nehmen. Für diese Zeit werden Geldleistungen in Höhe des Krankengeldes, jedoch monatlich bei zwei Kindern mindestens 300 Mark und bei drei und mehr Kindern mindestens 350 Mark gezahlt.
- Mütter, die infolge der Geburt eines Kindes ihre Berufstätigkeit unterbrechen mußten, weil ihnen kein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden konnte, und die innerhalb von drei Jahren danach ein weiteres Kind zur Welt bringen, bekommen einen monatlichen Familienzuschuß von 200 Mark.
- Zum 1. 5. 1977 wurde für alle berufstätigen Mütter mit zwei Kindern (seit 1972 nur, wenn sie außerdem im Mehrschichtsystem tätig waren) die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzt.

Genau neun Monate nach Verkündung und Inkrafttreten der wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen – also im März 1977 – schnellte die Geburtenzahl nach oben. Nimmt man hinzu, daß der Geburtenanstieg 1977 vorwiegend von den zweiten und weiteren Kindern getragen wurde und daß sich 80 vH der Mütter dieser Kinder von der Arbeit freistellen ließen, kann kein Zweifel über die Maßnahme bestehen, die das vor allem bewirkt hat: das „Babyjahr“. Allem Anschein nach pendelt sich die Geburtenrate jetzt auf einem höheren Niveau ein, denn auch gut zwei Jahre nach dem einmaligen Schub deutet nichts auf eine Umkehr hin⁵; ob diese Entwicklung anhalten wird, läßt sich allerdings nicht beurteilen.

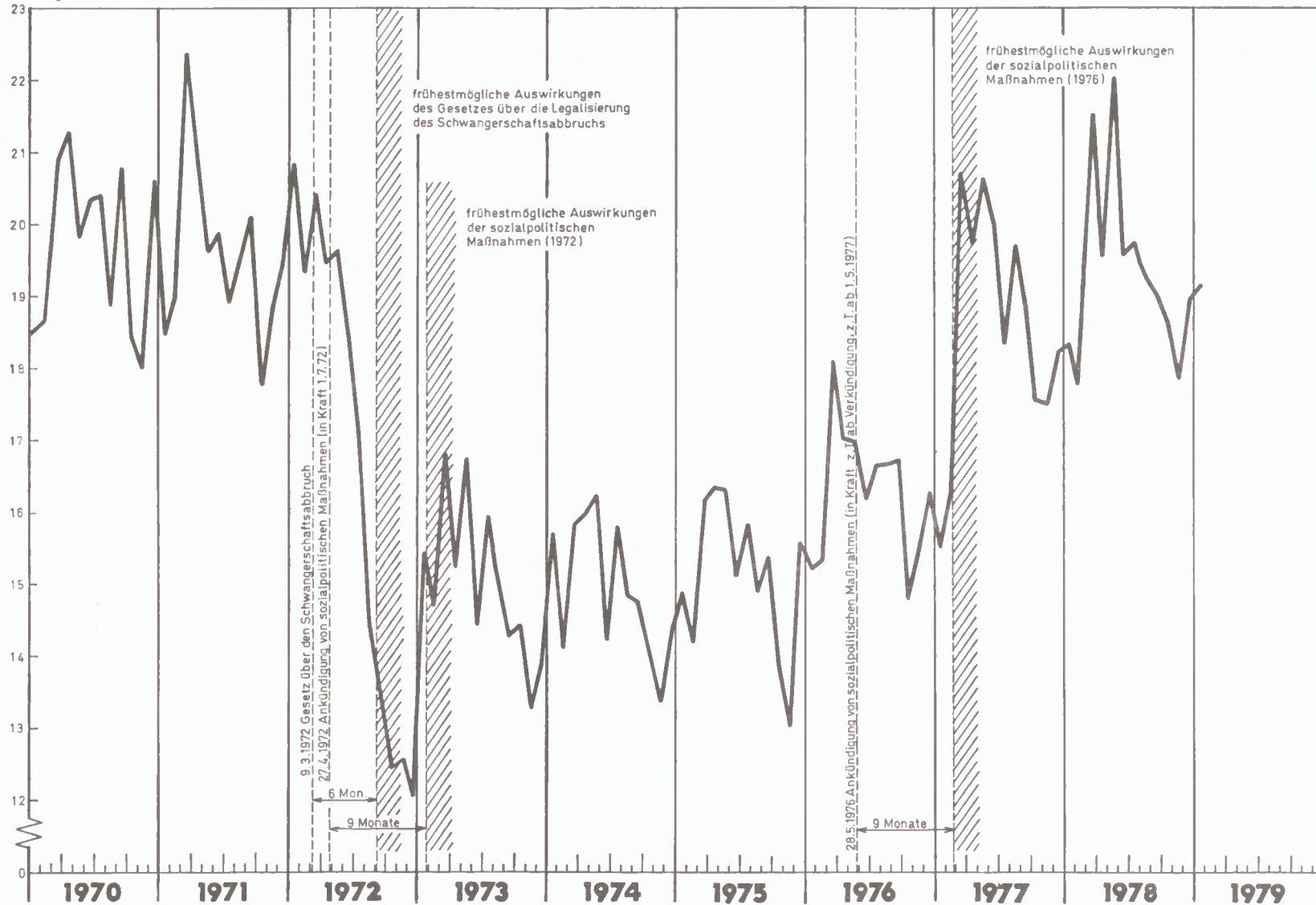
Erfolg der Bevölkerungspolitik

Ein Ziel der Familien- und der Sozialpolitik in der DDR ist es, „die einfache und (wenn möglich) erweiterte Reproduktion der Gesamtbevölkerung . . . zu

⁵ Auch im ersten Halbjahr 1979 blieb die Zahl der Geburten hoch; es kamen wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres 118 800 Kinder zur Welt. – Vgl. Neues Deutschland vom 14./15. 7. 1979, S. 4.

Geburtenentwicklung in der DDR

Lebendgeborene in 1000



DIW 79

Lebendgeborene in der DDR
Monatswerte

Jahr	Jan	Febr	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
in 1000 Personen												
1970	18,59	18,77	20,92	21,28	19,84	20,35	20,42	18,90	20,77	18,48	18,03	20,61
1971	18,47	19,01	22,39	20,85	19,64	19,90	18,93	19,54	20,11	17,78	18,88	19,45
1972	20,85	19,39	20,42	19,47	19,63	18,45	17,15	14,44	13,53	12,48	12,57	12,08
1973	15,42	14,73	16,82	15,27	16,76	14,46	15,97	15,02	14,31	11,42	13,27	13,90
1974	15,70	14,14	15,85	15,99	16,24	14,22	15,80	14,77	14,74	13,99	13,38	14,31
1975	14,92	14,20	16,15	16,35	16,32	16,10	15,86	14,93	15,39	13,89	13,09	15,61
1976	15,23	15,35	18,10	17,00	16,99	16,19	16,65	16,66	16,74	14,80	15,50	16,28
1977	15,54	16,30	20,69	19,73	20,66	20,01	18,38	19,71	18,85	17,56	17,49	18,25
1978	18,35	17,81	21,52	19,51	22,03	19,57	19,71	19,29	19,00	18,65	17,81	18,90
1979	19,12											
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH												
1971	- 0,7	1,3	7,0	- 2,0	- 1,0	- 2,2	- 7,3	3,4	- 3,1	- 3,7	4,7	- 5,6
1972	12,9	2,0	- 8,8	- 6,6	- 0,1	- 7,3	- 9,4	-26,1	-32,7	-29,8	-33,4	-37,9
1973	-26,1	-24,0	-17,5	-21,6	-14,6	-21,6	- 6,9	4,0	5,7	15,5	5,6	15,1
1974	1,8	- 4,0	- 5,8	4,7	- 3,1	- 1,6	- 1,0	- 1,7	3,0	- 3,0	0,8	3,0
1975	- 5,0	0,4	1,9	2,3	0,5	6,1	0,3	1,1	4,4	0,7	- 2,2	9,1
1976	2,1	8,1	12,1	4,0	4,1	7,2	5,0	11,6	8,7	6,5	16,5	4,3
1977	2,0	6,1	14,3	16,0	21,6	23,6	10,4	18,3	12,6	18,7	12,8	12,1
1978	18,1	9,3	4,0	- 1,1	6,6	- 2,2	7,2	- 2,1	0,8	6,2	1,8	3,6
1979	4,2											

Quellen: Statistische Praxis, div. Jahrgänge

Nettoreproduktionsraten der Wohnbevölkerung der
Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1960	1,11	1,10
1965	1,18	1,18
1970	0,95	1,05
1971	0,90	1,02
1972	0,81	0,86
1973	0,73	0,76
1974	0,81	0,74
1975	0,68	0,74
1976	0,69	0,79
1977	0,66	0,89

Quellen: Karl Schwarz: Demographische Ursachen des Geburtenrückgangs. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 3/1979. DDR: Berechnungen des DIW.

- in den sechziger Jahren in beiden deutschen Staaten ein Bevölkerungswachstum vorhanden war;
- in den siebziger Jahren die Nettoreproduktionsraten in der Bundesrepublik sukzessive abnahmen und die Zahl der Geborenen heute nur noch zu einer Zweidrittel-Deckung des derzeitigen Bevölkerungsstandes ausreicht;
- in den siebziger Jahren zunächst auch die DDR rückläufige Nettoreproduktionsraten zu verzeichnen hatte, von 1976 an jedoch eine Umkehrung dieses Trends zu beobachten ist. Jetzt (1977) wird die Frauengeneration zu 90 vH durch ihre Kinder ersetzt.

Auch in der DDR reicht trotz der Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren die Zahl der Geborenen zur Bestandserhaltung nicht aus, aber im Gegensatz zur Bundesrepublik ist sie ihr wesentlich näher.

gewährleisten⁶“. Als Minimalziel gilt, „daß die Bevölkerung mindestens erhalten bleibt⁷“.

Mit Hilfe sogenannter Nettoreproduktionsraten läßt sich errechnen, ob die Zahl der geborenen Mädchen ausreicht, um eine Frauengeneration zu ersetzen⁸. Eine Nettoreproduktionsrate von 1,0 bedeutet Bestandserhaltung; bei Werten über 1,0 wächst, und bei Raten unter 1,0 schrumpft die Bevölkerung. Ein Vergleich der Bundesrepublik mit der DDR zeigt, daß

⁶ Wolf-Rainer Leenen: Zur Frage der Wachstumsorientierung der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik in der DDR. Reihe: Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 261. Berlin (West) 1977, S. 37.

⁷ Autorenkollektiv unter Leitung von Anita Grandke: Familienrecht. Lehrbuch. Berlin (Ost) 1972, S. 50.

⁸ Die Nettoreproduktionsrate gibt an, wieviele lebendgeborene Mädchen im Durchschnitt von einer standardisierten Anzahl von Frauen während ihres ganzen Lebens zur Welt gebracht werden. Dabei wird unterstellt, daß sich für sie die Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern eines bestimmten Jahres im Zeitablauf nicht verändern.

Entspannung am Arbeitsmarkt setzt sich fort

Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1979

Mit der Umstellung der monatlichen Industrieberichterstattung auf die Systematik des produzierenden Gewerbes (SYPRO) waren in der ersten Aufbereitungsstufe von 1977 zunächst nur Industriebetriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt worden. Inzwischen ist auch das Handwerk in der amtlichen Statistik enthalten. Der getrennte Ausweis des produzierenden Handwerks entfällt damit in den Berichten des DIW. Allerdings muß hingenommen werden, daß Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten – an der Zahl aller Handwerksbetriebe mit 95 vH, an der Zahl der dort Beschäftigten mit 60 vH beteiligt – in der laufenden Statistik nun nicht mehr berücksichtigt sind. Unschärfen im Ausweis der kurzfristigen Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe sind daher unvermeidbar.

Bei unvermindertem konjunkturellen Auftrieb hat sich im ersten Quartal 1979 die Entspannung am Arbeitsmarkt fortgesetzt. Die Beschäftigtenzahl ist saisonbereinigt sogar kräftiger als im vierten Vierteljahr 1978 gestiegen, der Vorjahrsstand wurde um 1,3 vH überschritten. Bis Ende März sank die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt auf 895 000.

Die Tarifabschlüsse wiesen einschließlich der Nebenregelungen geringfügig höhere Zuwachsraten als im vergangenen Jahr auf. Auch die Lohnexpansion hat sich insgesamt leicht beschleunigt. Wegen ungünstiger Witterungseinflüsse war die Lohn drift für Arbeiter negativ; bei den Angestellten dagegen war die Zunahme der Effektivbezüge deutlich größer als die tariflichen Erhöhungen.

Der Anstieg der Lohnstückkosten, der sich seit dem Frühjahr 1978 stark abgeschwächt hatte, setzte sich in der Berichtsperiode mit mäßigem Tempo fort. Die Lohnstückkosten waren im verarbeitenden Gewerbe um 2,8 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit; in der Gesamtwirtschaft (+ 2,9 vH) war die Entwicklung ähnlich.

Arbeitsmarkt

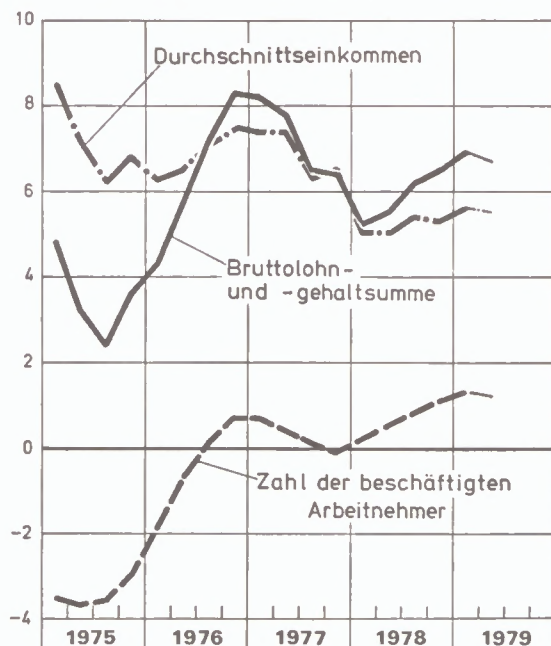
Im ersten Quartal 1979 hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter entspannt: Alle Indikatoren wiesen wie schon im Vorquartal merkliche Verbesserungen auf. So nahm die Zahl der offenen Stellen gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 15 000 zu und war Ende März 1979 um 55 000 höher als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenzahl verringerte sich gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 30 000, der Vorjahrsstand wurde Ende März um 140 000 unterschritten. Auch die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Personen war weiter rückläufig und lag im März um 115 000 unter dem Vorjahrsniveau.

Innerhalb der Gesamtzahl der Arbeitslosen gewinnen die schwieriger zu vermittelnden Gruppen immer mehr Gewicht: Ende Juni hat die Arbeitslosigkeit

binnen Jahresfrist insgesamt um 13 vH abgenommen, die der Frauen jedoch nur um 8 vH. Weit überdurchschnittlich – um 22 vH – sank die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren. In der gleichen Zeit ist jedoch die Arbeitslosenzahl bestimmter benachteiligter Gruppen nicht unbedeutend gestiegen. Erhöht hat sich die Zahl der Personen, die schon längere Zeit arbeitslos sind. Ungünstig war insbesondere die Entwicklung bei älteren Arbeitslosen (59 Jahre und mehr), deren

Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen in der Bundesrepublik Deutschland

Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsquartal



2. Quartal 1979 geschätzt

DIW 79

Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ im I. Quartal 1979

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	162	110	24	28	74	59	6	9	236	-0,6	-1,3	-0,8
Bergbau	223	175	38	10	7	2	5	0	230	-2,6	.	-2,5
Energiewirtschaft	194	125	63	6	24	6	18	0	218	0,5	4,3	0,9
Verarbeitendes Gewerbe 3)	5 985	4 058	1 494	433	2 593	1 685	772	136	8 578	0,3	0,5	0,4
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	1 279	908	329	42	290	137	139	14	1 569	-1,5	-1,4	-1,5
Investitionsgüter	3 185	2 070	834	281	1 053	647	361	45	4 238	0,9	0,8	0,9
Verbrauchsgüter	1 052	772	221	59	915	721	154	40	1 967	0,6	0,3	0,5
Nahrungs- u. Genußmittel	469	308	110	51	335	180	118	37	804	1,3	2,1	1,6
Baugewerbe	1 326	1 051	132	143	99	13	78	8	1 425	4,7	5,3	4,8
Produzierendes Gewerbe	7 728	5 409	1 727	592	2 723	1 706	873	144	10 451	1,0	0,7	0,9
Handel	1 301	479	649	173	1 425	202	1 009	214	2 726	0,5	1,5	1,0
Verkehr 4)	1 147	508	589	50	249	82	158	9	1 396	0,8	0,8	0,8
Handel und Verkehr	2 448	987	1 238	223	1 674	284	1 167	223	4 122	0,7	1,4	1,0
Öffentlicher Dienst 5)	2 345	377	1 930	38	1 182	214	929	39	3 527	1,3	2,4	1,7
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	405	14	345	46	366	27	306	33	771	3,6	3,1	3,4
Gaststättenwesen	148	79	48	21	262	144	108	10	410	2,8	1,6	2,0
Häusliche Dienste	1	-	1	-	248	159	78	11	249	.	-1,2	-1,2
Dienstleistungshandwerk 6)	91	63	14	14	423	259	98	66	514	3,4	4,2	4,0
Sonst. Dienstleistungen 7)	406	90	280	36	860	182	602	76	1 266	3,0	2,7	2,8
Dienstleistungen, gesamt	3 396	623	2 618	155	3 341	985	2 121	235	6 737	1,9	2,5	2,2
Insgesamt	13 734	7 129	5 607	998	7 812	3 034	4 167	611	21 546	1,1	1,6	1,3
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	749	509	206	34	247	204	33	10	996	5,2	4,7	5,1
Bergbau	1 745	1 240	491	14	51	11	40	0	1 796	5,0	.	5,1
Energiewirtschaft	1 603	963	632	8	169	30	139	0	1 772	6,1	11,2	6,6
Verarbeitendes Gewerbe 3)	46 062	28 603	16 880	579	13 135	7 719	5 246	170	59 197	8,1	8,2	8,1
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	10 729	6 631	4 038	60	1 713	665	1 029	19	12 442	5,0	5,2	5,1
Investitionsgüter	24 994	15 083	9 531	380	5 911	3 247	2 606	58	30 905	10,1	10,4	10,2
Verbrauchsgüter	7 140	4 844	2 217	79	4 108	3 069	988	51	11 248	6,5	6,6	6,5
Nahrungs- u. Genußmittel	3 199	2 045	1 094	60	1 403	738	623	42	4 602	7,0	7,8	7,2
Baugewerbe	6 207	4 681	1 338	188	525	60	455	10	6 732	-5,5	11,0	-4,4
Produzierendes Gewerbe	55 617	35 487	19 341	789	13 880	7 820	5 880	180	69 497	6,3	8,4	6,7
Handel	8 426	2 753	5 463	210	6 262	871	5 145	246	14 688	6,5	7,8	7,1
Verkehr 4)	7 949	3 261	4 624	64	1 388	339	1 038	11	9 337	5,9	6,6	6,0
Handel und Verkehr	16 375	6 014	10 087	274	7 650	1 210	6 183	257	24 025	6,2	7,6	6,7
Öffentlicher Dienst 5)	20 068	2 453	17 561	54	8 194	908	7 233	53	28 262	6,6	8,0	7,0
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 236	90	3 082	64	2 144	127	1 972	45	5 380	8,9	9,2	9,0
Gaststättenwesen	867	445	395	27	1 055	537	507	11	1 922	7,3	7,3	7,3
Häusliche Dienste	7	-	7	-	887	525	349	13	894	.	4,2	4,3
Dienstleistungshandwerk 6)	437	307	112	18	1 500	932	492	76	1 937	7,9	10,8	10,1
Sonst. Dienstleistungen 7)	2 928	533	2 348	47	3 870	747	3 026	97	6 798	8,4	8,7	8,6
Dienstleistungen, gesamt	27 543	3 828	23 505	210	17 650	3 776	13 579	295	45 193	7,1	8,3	7,5
Insgesamt	100 284	45 838	53 139	1 307	39 427	13 010	25 675	742	139 711	6,5	8,2	6,9
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 541	1 542	2 861	405	1 113	1 153	1 833	370	1 407	5,8	6,1	6,0
Bergbau	2 608	2 362	4 307	467	2 429	1 833	2 667	.	2 603	7,8	.	7,8
Energiewirtschaft	2 754	2 568	3 344	444	2 347	1 667	2 574	.	2 709	5,5	6,6	5,6
Verarbeitendes Gewerbe 3)	2 565	2 350	3 766	446	1 689	1 527	2 265	417	2 300	7,8	7,6	7,7
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	2 796	2 434	4 091	476	1 969	1 618	2 468	452	2 643	6,7	6,7	6,7
Investitionsgüter	2 616	2 429	3 809	451	1 871	1 673	2 406	430	2 431	9,2	9,6	9,3
Verbrauchsgüter	2 262	2 092	3 344	446	1 497	1 419	2 139	425	1 906	5,9	6,2	6,1
Nahrungs- u. Genußmittel	2 274	2 213	3 315	392	1 396	1 367	1 760	378	1 908	5,6	5,6	5,5
Baugewerbe	1 560	1 485	3 379	438	1 768	1 538	1 944	417	1 575	-9,7	5,4	-8,7
Produzierendes Gewerbe	2 399	2 187	3 733	444	1 699	1 528	2 245	417	2 217	5,2	7,6	5,7
Handel	2 159	1 916	2 806	405	1 465	1 437	1 700	383	1 796	5,9	6,2	6,0
Verkehr 4)	2 310	2 140	2 617	427	1 858	1 378	2 190	407	2 229	5,1	5,7	5,2
Handel und Verkehr	2 230	2 031	2 716	410	1 523	1 420	1 766	384	1 943	5,5	6,1	5,6
Öffentlicher Dienst 5)	2 853	2 169	3 033	474	2 311	1 414	2 595	453	2 671	5,1	5,4	5,2
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	2 663	2 143	2 978	464	1 953	1 568	2 148	455	2 326	5,2	5,9	5,5
Gaststättenwesen	1 953	1 878	2 743	429	1 342	1 243	1 565	367	1 563	4,4	5,7	5,2
Häusliche Dienste	2 333	-	2 333	-	1 192	1 101	1 491	394	1 197	.	5,5	5,6
Dienstleistungshandwerk 6)	1 601	1 624	2 667	429	1 182	1 199	1 673	384	1 256	4,3	6,3	5,8
Sonst. Dienstleistungen 7)	2 404	1 974	2 795	435	1 500	1 368	1 676	425	1 790	5,2	5,8	5,6
Dienstleistungen, gesamt	2 703	2 048	2 993	452	1 761	1 278	2 134	418	2 236	5,1	5,7	5,2
Insgesamt	2 434	2 143	3 159	437	1 682	1 429	2 054	405	2 161	5,3	6,5	5,6

1) Einschl. Heimarbeiter.- 2) Einschl. Berlin (West).- 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonstiges Kleingewerbe.- 4) Einschl. Bundesbahn und -post.- 5) Einschl. Soldaten.- 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur-, Gebäude-
reinigung.- 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.- 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehalt-
summe von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.

1) Einschl. Heimarbeiter.- 2) Einschl. Berlin (West).- 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonstiges Kleingewerbe.-
4) Einschl. Bundesbahn und -post.- 5) Einschl. Soldaten.- 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäude-
reinigung.- 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.- 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehalt-
summe von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾
in 1000 Personen

	1976			1977				1978				1979
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Land- u. Forstwirtschaft	267	266	265	263	263	262	261	261	261	260	259	259
Produzierendes Gewerbe	10 450	10 456	10 474	10 459	10 440	10 431	10 435	10 458	10 459	10 484	10 507	10 552
dar. Verarb. Gewerbe	8 493	8 511	8 532	8 553	8 559	8 566	8 571	8 573	8 562	8 580	8 591	8 607
Baugewerbe	1 494	1 485	1 483	1 450	1 427	1 410	1 410	1 432	1 446	1 457	1 470	1 496
Handel und Verkehr	4 073	4 078	4 086	4 087	4 085	4 083	4 083	4 086	4 101	4 109	4 118	4 125
Dienstleistungen	6 473	6 509	6 544	6 552	6 555	6 559	6 563	6 589	6 627	6 666	6 701	6 733
Beschäftigte, gesamt	21 263	21 309	21 369	21 362	21 344	21 335	21 342	21 395	21 447	21 520	21 586	21 670

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Zahl den vergleichbaren Vorjahrsstand um 18 vH übertraf. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten lag um 16 vH über dem Vorjahrsniveau.

Die regionalen Unterschiede sind weiterhin beträchtlich: In Baden-Württemberg herrscht bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 1,8 vH nahezu Vollbeschäftigung, während in Nordrhein-Westfalen (4,5 vH) die Lage am Arbeitsmarkt noch sehr ungünstig ist.

Beschäftigung

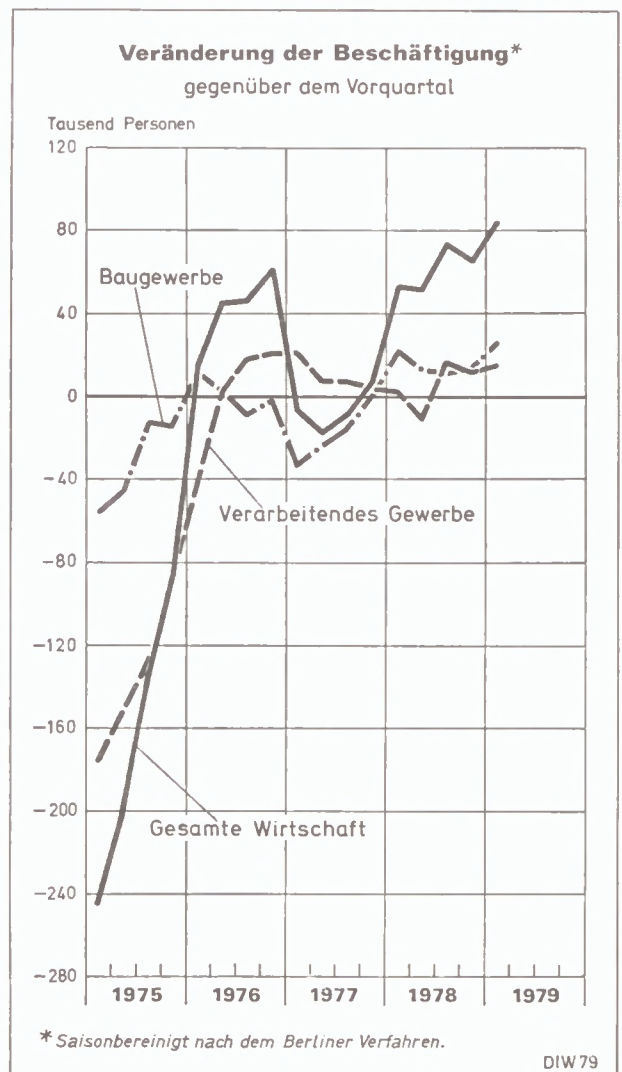
Nachdem schon im Vorquartal eine beschleunigte Zunahme zu verzeichnen gewesen war, hat die Beschäftigung im ersten Vierteljahr 1979 stärker als in allen Quartalen seit Beendigung der Rezession expandiert: Saisonbereinigt nahm sie um insgesamt 84 000 zu. Die Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich nicht in allen Branchen der Wirtschaft durchgesetzt, doch war die Entwicklung weniger differenziert als bisher, da der produzierende Bereich fast ebenso stark wie der tertiäre Bereich expandierte.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Situation allerdings nur partiell gebessert. Insgesamt nahm hier die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt um 15 000 zu. Die Belebung beschränkte sich auf das Investitionsgüter- (+ 11 000) und überraschenderweise auf das Verbrauchsgütergewerbe (+ 11 000), während im Bergbau die Beschäftigung stagnierte und sich im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ein verstärkter Rückgang (– 8 000) durchsetzte.

In der Gliederung nach Branchen hat die Beschäftigtenzahl von Ende Dezember 1978 bis Ende März 1979 am stärksten bei der Herstellung von Kunststoffwaren (+ 11 000), schwächer im Maschinenbau (+ 3 000) und im Straßenfahrzeugbau (+ 3 000) zugenommen. Dem stand im gleichen Zeitabschnitt eine deutliche Verringerung der Beschäftigtenzahl in der chemischen Industrie (– 8 000) sowie im

Schiffbau (– 5 000) und bei der Elektrotechnik (– 4 000) gegenüber.

Der kräftige Aufschwung in der Bauwirtschaft hat sich trotz sehr ungünstiger Witterung auch im Be-



Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1976				1977				1978				1979
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit													
Arbeiter													
effektiv	6,1	8,3	7,9	8,2	7,9	7,0	5,6	6,4	4,2	5,7	5,6	5,6	5,2
tariflich 3)	5,1	5,7	5,5	5,6	6,9	6,8	7,2	7,1	5,3	5,0	5,5	5,4	6,0
Angestellte													
effektiv	6,2	6,3	6,9	7,3	7,7	7,7	7,2	7,8	5,9	5,6	5,9	5,8	6,6
tariflich 3)	4,5	5,5	5,6	5,5	6,5	6,6	6,5	6,6	5,3	4,8	5,0	5,0	5,4
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate													
Arbeiter	+1,0	+2,6	+2,4	+2,6	+1,0	+0,2	-1,6	-0,7	-1,1	+0,7	+0,1	+0,2	-0,8
Angestellte	+1,7	+0,8	+1,3	+1,8	+1,2	+1,1	+0,7	+1,2	+0,6	+0,8	+0,9	+0,8	+1,2
1) Berechnungsbasis. Tarifliche Wochenlöhne.- 2) Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen.- 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.													

richtsquartal fortgesetzt; saisonbereinigt nahm im ersten Quartal die Beschäftigtenzahl um 26 000 zu, womit der Stand des Vorjahres um fast 5 vH — stärker als in jedem anderen Wirtschaftsbereich — übertraffen wurde.

Im Handel hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften im bisherigen Umfang ausgedehnt; der Personalbestand nahm saisonbereinigt um 5 000 zu. Auch im Verkehrswesen erhöhte sich — bei wiederum sehr differenzierter Entwicklung in den Unterbereichen — saisonbereinigt die Beschäftigtenzahl leicht. Bei der Bundespost waren im Berichtsquartal fast 3 vH mehr Personen beschäftigt als in der entsprechenden Vorjahrszeit, bei der Bundesbahn um 4,5 vH weniger.

Der Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich hat sich im Berichtsquartal leicht abgeschwächt. Saisonbereinigt ist die Zahl der Beschäftigten sowohl im öffentlichen Dienst (12 000) als auch bei den privaten Dienstleistungen (20 000) etwas weniger als im Vorquartal gestiegen.

Trotz der beschleunigten Beschäftigungsexpansion im arbeiterintensiven produzierenden Gewerbe hat sich der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer nochmals vergrößert: Im Vorjahrsvergleich hat die Zahl der Arbeiter um 0,6 vH, die der Angestellten um 1,4 vH zugenommen. Erheblich stärker expandierte die Zahl der Auszubildenden, die im Berichtsquartal um 5,6 vH höher war als ein Jahr zuvor.

Durchschnittseinkommen

In der Lohnrunde 1979 lag der Akzent der Forderungen bei Arbeitszeitverkürzungen. Diese wurden vor allem in Form von Freischichten und zusätzlichem Urlaub vereinbart. Die Erhöhung der Löhne hat sich bei Raten von 4 bis 5 vH eingepre-

delt, die unter denen des Vorjahres liegen. Bei Einbeziehung der Kosten der Nebenregelungen übersteigen die bisher getroffenen Abschlüsse jedoch die des Vorjahres. Nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes betrug der tarifliche Zuwachs 5,6 vH. Die effektiven Bruttoeinkommen je Beschäftigten expandierten insgesamt ebenso stark wie die Tariflöhne und -gehälter. Allerdings wirkte sich bei den Effektiveneinkommen der ungewöhnlich große witterungsbedingte Einkommensausfall schmälernd aus.

Dieser Witterungseffekt wird an der Entwicklung in der Bauwirtschaft besonders deutlich. Hier wurden im ersten Vierteljahr die Verdienste des Vorjahres um fast 9 vH unterschritten, bei den Arbeitern allein um fast 14 vH. Die durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden im Bauhauptgewerbe waren gegenüber dem Vorjahr um fast 18 vH geringer, die gemeldeten Ausfalltagewerke — die durch Schlechtwettergeldzahlungen ausgeglichen werden — übertrafen den Vorjahrsstand um 60 vH.

Dagegen haben die Verdienststeigerungen im Investitionsgütergewerbe mit 9,3 vH weit über dem Durchschnitt gelegen. Hier hat jedoch ein Basiseffekt eine Rolle gespielt, der sich aufgrund später Nachzahlungen der Anfang 1978 vereinbarten Erhöhungen ergeben hat.

Die Entwicklung der effektiven Bezüge ist im ersten Quartal 1979 vom Kalender her günstig beeinflusst worden, da die Zahl der verfügbaren Arbeitstage um 2 vH höher gewesen ist als im Vorjahrsquartal. Die im verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich geleistete Arbeitszeit war zwar absolut höher als im Jahr zuvor, kalenderbereinigt jedoch niedriger. Eine Ausnahme machte der Bergbau, dessen Beschäftigte erheblich mehr Arbeitsstunden

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1977			1978				1979
	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Verarb. Gew. ¹⁾	-2,0	-2,2	-2,6	-3,0	-0,2	-1,2	-1,3	+1,0
Bauhauptgew.	-2,5	-3,9	-6,1	-11,5	+0,8	-2,0	-1,4	-17,5

1) Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

(+ 2,6 vH) als Arbeitnehmer in anderen Bereichen geleistet haben.

Ausblick

Mit dem anhaltenden konjunkturellen Auftrieb in der Gesamtwirtschaft ist im zweiten Vierteljahr die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter gestiegen. Allerdings dürfte die Beschäftigtenzunahme in der Bauwirtschaft saisonbereinigt nicht mehr so stark ausgefallen sein wie im Vorquartal, da sich hier die Schwierigkeiten bei der Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte vergrößern. Dagegen hat sich der Personalbestand im verarbeitenden Gewerbe wohl etwas stärker als zuvor erhöht. Insgesamt ist der Anstieg der Beschäftigtenzahl im zweiten Vierteljahr 1979 vermutlich etwas geschwächer gewesen als zuvor — saisonbereinigt betrug er etwa 40 000; dies entspricht einer Beschäftigtenzunahme gegenüber dem Vorjahr um reichlich 1 vH.

Bei den abermals mäßig ausgefallenen Lohnabschlüssen hat sich die Lohnexpansion kaum

beschleunigt. Tarif- und Beschäftigungseinflüsse führten insgesamt zu einem etwas verlangsamten Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme im Vergleich zum zweiten Quartal 1978; dessen Niveau ist um schätzungsweise 6 1/2 vH übertroffen worden.

Die bis Ende Juni vorliegenden Arbeitslosenzahlen lassen einen verstärkten saisonbereinigten Rückgang von Ende März bis Ende Juni (— 55 000) erkennen. Noch günstiger war die Entwicklung der Zahl der Kurzarbeiter, die auf 65 000 gesunken und damit um 165 000 niedriger ist als Mitte vorigen Jahres. Dies und das steigende Stellenangebot (+ 75 000 im Vorjahrsvergleich) deuten darauf hin, daß sich die Situation am Arbeitsmarkt weiter verbessert. Für das Jahr 1979 zeichnet sich damit eine durchschnittliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl um etwa 1,5 vH ab; die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl wird noch niedriger ausfallen, als bisher vorausgeschätzt wurde; sie ist jetzt mit 875 000 anzusetzen.

Die Entspannung am Arbeitsmarkt ist allerdings durch den inflationären Druck, der von der erneuten starken Rohölverteuerung ausgeht, gefährdet. Dies gilt insbesondere dann, wenn auf die exogenen Preissteigerungen mit einer Verschärfung des inländischen Verteilungskampfes reagiert würde. Es entsteht die Gefahr, daß der außenwirtschaftlich verursachte Preisanstieg durch einen binnenwirtschaftlichen Kostendruck verstärkt wird. Eine sich beschleunigende Inflation, die Gegenmaßnahmen der Bundesbank hervorriefe, hätte unausweichlich nachteilige Folgen für den Arbeitsmarkt.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1977	1978	1977				1978				1979	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II ¹⁾
Beschäftigung	0,3	0,7	0,7	0,4	0,1	-0,1	0,2	0,5	0,8	1,1	1,3	1,2
Bruttolöhne und -gehälter	7,1	5,9	8,2	7,8	6,5	6,4	5,2	5,5	6,2	6,5	6,9	6,7
Durchschnittseinkommen	6,9	5,2	7,4	7,4	6,3	6,5	5,0	5,0	5,4	5,3	5,6	5,5

1) Schätzung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Anhaltend hohe Geburtenzahlen in der DDR bearbeitet von Heinz Vortmann.

Entspannung am Arbeitsmarkt setzt sich fort bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —